

Plenarsitzung am 18. Mai 2011

Debatte zum Landeshaushalt 2011, 3. Lesung

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt gerade ein Jahr her – am 9. Mai des letzten Jahres war die Landtagswahl –, und deswegen ist es auch angemessen, ein Stück weit zu bilanzieren, wo wir heute stehen und wie das vergangene Jahr abgelaufen ist.

Der Landtagswahl vorausgegangen war die Bundestagswahl im September 2009 mit der langersehnten Traumkonstellation von Angela Merkel und Guido Westerwelle. Ich habe 1998, als Rot-Grün im Bund angefangen hat, gedacht, der Start war etwas holprig. Das hat uns in der Kommunalwahl 1999 wehgetan. Aber gegen das, was bei der Ablösung von Helmut Kohl durch Schröder, Fischer und die anderen Kollegen und Kolleginnen gemacht worden ist, war es nun wirklich ein Desaster, was ab September 2009 in der Bundesregierung gemacht wurde.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Innerhalb eines Dreivierteljahres ist der gesamte politische Kredit verspielt gewesen. Das war auch ein Teil der Quittung, die am 9. Mai des vergangenen Jahres hier erteilt worden ist.

Der erste ganz wichtige Erfolg für uns war doch, dass die Bundesratsmehrheit nicht mehr da, dass nicht mehr durchregiert werden konnte gegen die Länder, gegen die Kommunen ohne irgendeine Rücksicht. Es ist schon ganz nett, wenn Herr Kollege Laumann vor diesem Hintergrund eben gesagt hat: Es ist positiv zu bewerten, dass die Grundsicherung im Alter jetzt schrittweise die Kommunen entlastet. – Es glaubt doch niemand, dass Ursula von der Leyen an den Verhandlungstisch gezwungen worden wäre, wenn es nicht eine geknackte Bundesratsmehrheit gegeben hätte. Insofern war es wichtig, dass wir das geschafft haben. Das war das erste Ziel.

Ich möchte nur an das Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom Januar 2010 erinnern, unter anderem mit der Hoteliersteuer, den Steuererleichterungen für Erben und anderes. Herr Kollege Laumann, wenn Sie jetzt immer wieder darauf herumreiten, dass die Befreiung der Elternbeiträge in einem Kindergartenjahr gemacht wird: Das ist

ungefähr der NRW-Anteil an der Hoteliersteuer. Das ist in etwa die gleiche finanzielle Größenordnung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Man kann darüber streiten, aber man kann doch ganz sicher nur sagen, dass es besser ist, das Geld den Eltern, den Familien und den Kindern zu geben, als den Hoteliers einen Nachlass einzuräumen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn wir wissen, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz NRW jedes Jahr 880 Millionen € kostet und wir 17.000 Stellen einsparen müssten, um das aufzufangen, dann bekommt auch die Befreiung von Studiengebühren für die Familien, die studierende Kinder haben, und vor allen Dingen für diejenigen, die sich überlegen, ob sie sich ein Studium erlauben können, einen ganz anderen Beigeschmack.

Sie verzerren das Bild immer so, als ob eine Regierung angetreten wäre, die sagt: Egal, was mit Schulden ist; je mehr Schulden wir machen, umso präventiver! Das ist doch überhaupt nicht der Punkt. Wir haben jetzt einen Haushalt vorgelegt, der 3 Milliarden € unter dem liegt, was wir zunächst angenommen hatten, und der – wenn ich mir die mittelfristige Finanzplanung von Helmut Linssen ansehe – weit unter den dort konstant genannten 6,6 Milliarden € liegt. Noch im Juli 2010 hat Helmut Linssen eine Pressekonferenz gemacht, aus der sich ergab, dass wir bei den zu erwartenden Steuermindereinnahmen über die 7-Milliarden-€-Grenze der Neuverschuldung in 2011 kommen würden.

Wenn ich das alles berücksichtige, dann sage ich: Wir machen eine Gegenfinanzierung, wir werden die Grunderwerbsteuer erhöhen und werden dadurch das, was der Wegfall der Studiengebühren und das beitragsfreie Kindergartenjahr ausmacht, an Einnahmeverbesserungen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen war zugegebenermaßen kompliziert. Wir hatten viele Sonderungsgespräche und haben dann im Ergebnis eine Minderheitsregierung begonnen. Herr Prof. Korte von der Uni Duisburg, der bei uns zu Gast war und uns zur Frage einer Minderheitsregierung beraten hat, hat damals gesagt: Macht das möglichst lange; ihr seid für die Politikwissenschaft eines der spannendsten Forschungsobjekte.

(Heiterkeit von Ministerin Svenja Schulze)

Insofern sind wir hier auch im Auftrag der Wissenschaft unterwegs.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Ernst: Wir machen das natürlich für das Land.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Aha!)

Wir machen das für das Land, wir machen das nicht für die Wissenschaft. Ich weiß auch nicht, ob die Wissenschaft mittlerweile Baden-Württemberg nicht noch spannender findet. Es ist jedenfalls ein Projekt, das länger dauert. Ich kann mich erinnern, dass uns manche Kolleginnen und Kollegen aus den Medien am Anfang nur wenige Wochen und Monate gegeben haben.

Ich gebe zu: Unsere Arbeit als Minderheitsregierung ist nicht nur für uns anstrengend, sie ist auch für die Opposition anstrengend. Das gebe ich ehrlich zu. Ich habe mir neulich mal überlegt, warum die Opposition eigentlich so agiert, wie sie agiert. Normalerweise gibt es bei einem Regierungswechsel eine stabile Mehrheit. Dann wird die Koalition in die Opposition geschickt, regeneriert sich, analysiert ihre Fehler, zieht personelle und inhaltliche Konsequenzen und baut sich über Sacharbeit neu auf. So haben wir das in den fünf Jahren, nachdem wir verloren hatten, gemacht. Das ist der normale Weg.

Bei einer Minderheitsregierung ist die Situation komplizierter und wesentlich anstrengender für die Opposition.

(Heiterkeit von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Gunhild Böth [LINKE]: Das stimmt!)

– Ich bedanke mich für die Bemerkung; ich komme gleich noch auf die Linke zu sprechen.

Ich habe eine Pressemappe mit sieben Seiten Zitaten zur Minderheitsregierung und zu Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen. Daraus möchte ich nur drei Zitate bringen, alle vom Landesvorsitzenden der CDU. Nebenbei: Es ist ganz spannend, dass sich die beiden ehemaligen Regierungsparten zwei Nebenerwerbslandesvorsitzende suchen, die ihren Schwerpunkt eigentlich in Berlin haben und dort mehr als ganztägig gefordert sind und nur noch ab und zu als Touristen hier auftauchen. Aber sei's drum!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum klaren Kurs der Opposition Norbert Röttgen am 12. März auf dem Landesparteitag der CDU in Siegen:

Wenn die Regierung weder willens noch in der Lage ist, den verfassungsrechtlichen Anforderungen, die sich aus dem Urteil ergeben, in dem Haushalt 2011 nachzukommen, und wenn sich das spätestens in dem Haushaltsbeschluss des nordrhein-westfälischen Landtags dokumentiert, dann werden wir nicht nur erneut Klage erheben, sondern dann werden wir den Antrag auf Neuwahlen damit verbinden. Das ist dann nicht mehr nur juristisch. Wir wollen politisch entscheiden. Die Bürgerinnen sollen entscheiden über ihre Zukunft.

So weit Norbert Röttgen am 12. März 2010.

Das zweite Zitat aus den „Aachener Nachrichten“ am 4. Mai – dazwischen lag Baden-Württemberg, um es klar zu sagen. Ganz kurz, „Aachener Nachrichten“, 4. Mai.

Norbert Röttgen: Wir sind in einer Situation, in der es für Neuwahlen keinen Grund und keine parlamentarische Mehrheit gibt.

Das dritte Zitat vom 16.05. im „Focus“! Frage: Warum wollen Sie nicht die Regierung in Düsseldorf bereits vor 2015 ablösen? – Antwort Röttgen: Diese Beispiele zeigen doch klar, dass wir eine konsequente Oppositionsarbeit machen. Wir wollen so dazu beitragen, dass wir die nächste Wahl 2015 gewinnen. – Das ist, mit allem Respekt, eine geradlinige Oppositionsstrategie.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Regierungsbildung damals war schwierig. Wir haben uns dazu entschieden. Es gibt keine andere Konstellation, die erkennbar bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Arbeit gibt es genug. Dann machen wir diese Arbeit weiter, gerne auch bis 2015!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Sigrid Beer [GRÜNE]: Und darüber hinaus!)

Ich habe ja angekündigt, die Linke anzusprechen. Ich habe mit Interesse Ihren Kleinen Parteitag verfolgt: Ihr Landesvorsitzender, Hubertus Zdebel, hat sich darüber beklagt, dass es hier keine Mehrheitsregierung mit klarer Mehrheit gibt. Wenn Sie dann in der Opposition an Ihrem Abstimmungsverhalten gemessen würden, dann könnten Sie abstimmen, wie Sie wollten. Sie müssen sich aber dem stellen, was Sie hier tun, und übernehmen damit Verantwortung. Da beklagt sich ein Parteivorsitzender darüber,

dass seine Partei Gestaltungsmöglichkeiten, Einfluss hat und nicht völlig folgenlos hier sitzt! Das war für mich auch neu.

Insofern kann ich nur bilanzieren und ehrlich sagen: Ein Stück weit nutzen Sie die Chance. Wir wissen, an einigen Punkten – ich komme gleich noch auf das Stadtwerkegesetz und anderes – waren Sie es, die den Weg dafür freigeräumt haben. Es war für uns schon klar, dass Sie dieses Gesetz nicht behindern würden. Es wäre politisch auch völlig unverantwortlich, wenn Sie das gemacht hätten. Insofern haben Sie eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit. Aber wenn Ihnen Ihr Parteivorsitzender wünscht, dass Sie hier völlig verantwortungslos agieren können, dann müssten Sie hier auch nicht sitzen. Insofern sollten Sie ihm dazu einmal eine freundliche Rückmeldung geben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn ich nach einem Jahr jetzt politisch-inhaltlich eine Bilanz der Arbeit der Opposition ziehe, dann wird das aus meiner Sicht sehr mager. Ich kenne keine einzige inhaltliche Initiative der FDP. Zum Haushalt heute Morgen: Die Poststelle bei uns hat eine ganze Stunde gebraucht, um Ihre Anträge zu sortieren. Nachdem wir über drei Monate diesen Haushalt diskutieren, kommt heute Morgen ein solcher Stapel von 76 Einzelanträgen der FDP. Das ist keine Arbeitsweise. Das tut man nicht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Die Anträge hätten in den Debatten vorliegen müssen. Ich jedenfalls habe ein anderes Verständnis davon, wie man arbeitet. Sie können das machen. Das ist dann FDP-Qualität. Ich sage Ihnen: ein Jahr lang kein substanzieller Beitrag!

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Herr Kollege Laumann, ich möchte positiv aufgreifen: Wir hatten eine aus meiner Sicht wirklich beeindruckende Debatte – Sie haben das eben selber angesprochen – zur Frage: Kommen die Kommunen wirklich aus den Haushaltsproblemen raus? Haben sie eine Chance? Dabei haben Sie einen Paradigmenwechsel zu der Position, die von der Koalition zuvor vertreten wurde, vollzogen.

Sie haben gesagt – das hat sich mir eingebrannt –: Wenn die Gesellschaft immer mehr Aufgaben auf den Staat verlagert, dann kann man nicht erwarten, dass der Staat mit immer weniger Geld auskommt, dann ist die Zeit für Steuersenkungen vorbei. Und

wenn die Kommunen bei den Sozialausgaben so unter Druck stehen und sie nicht tragen können, dann müssen wir dafür sorgen, dass der Bund 50 % der Soziallasten übernimmt, weil die Kommunen keine Chance haben, da allein herauszukommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war unser gemeinsamer Antrag. Dafür will ich mich noch einmal bedanken, weil die dort vertretene Position richtig ist. Wir sind jetzt in mühevoller Kleinarbeit dabei, darüber mit der Bundestagsfraktion, mit allen anderen auch im Hinblick auf 2013 zu diskutieren – ich erwarte das auch von den anderen Kollegen –, damit sich das in den Parteien auch festsetzt. Wir alle wissen, dass die Berliner das Geld, das sie einnehmen, für andere Dinge ausgeben wollen. Das Vorhaben, die schwierige Situation der Kommunen deutlich zu machen und dafür zu sorgen, dass sich da etwas ändert, braucht eine breite Unterstützung. Insofern war das eine positive Sache. Daran sollten wir weiter arbeiten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das haben wir auch gemacht!)

– Danach haben Sie aber Angst gekriegt, weil Sie nicht zu viel mit uns zusammen machen wollen. Aber egal, das war richtig und gut, wir sollten weiter daran arbeiten.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie tun doch nichts!)

Ich greife positiv – das fand ich vorhin bemerkenswert – Ihre Ansage zur Schulpolitik auf. Sie haben Herrn Römer und mich zu einem Gespräch eingeladen. Wir haben Ihnen zunächst gesagt: Wir warten ab, was die Bildungskommission erarbeitet. Sie wird am Freitag hier im Landtag ihre abschließende Sitzung haben. Dann werden die Ergebnisse vorgelegt. Sie haben völlig recht: Das Parlament entscheidet letztendlich. Wir werden uns damit befassen. Es ist keine Kommission, die sagt, wie Schule sein soll. Ich habe das Signal auch verstanden.

Natürlich gibt es ein ehrliches Interesse der Regierungsfractionen, sich mit der CDU zu verständigen, weil Sie in den Kommunen sehr stark sind und weil es besser ist, wenn wir die Schulpolitik zusammen gestalten. Insofern werden wir auf das Gesprächsangebot zurückkommen. Aber wir werden auch mit allen anderen Fraktionen reden.

Ich muss ehrlicherweise auch sagen: Sie haben sich in der CDU mit Schulpolitik befasst, weil Sie erkennen mussten, dass Sie mit dem alten Kurs nicht weiter kamen. Ich habe bis heute auch nach Ihrem Gesetzentwurf und nach den Parteibeschlüssen

nicht genau verstanden, wo Sie hinwollen. Das können wir aber in den weiteren Gesprächen klären und gucken, ob wir einen gemeinsamen Weg finden. Jedenfalls ist das eine Möglichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wenn ich die Bilanz für uns nach diesem einen Jahr, für die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, für die Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien ziehe, dann sage ich: Für mich fällt diese Bilanz eindeutig positiv aus. Man kann immer sagen, wir hätten es noch besser machen können. Dieser Anspruch ist auch richtig. Für mich ist die Bilanz aber positiv. Und ich will Ihnen die Gründe nennen, warum die Bilanz für mich positiv ist.

Wir hatten einen Popanz, der hier durch den Saal getragen wurde, mit „Privat vor Staat“. Dieser ideologische Popanz ist nun tatsächlich am Ende. Er wird hier nicht mehr Linie der Politik sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es für die wirtschaftspolitische Facette klar beleuchten: Der Staat setzt den Rahmen für den Wettbewerb. Ich komme gleich ausführlicher darauf, wenn wir über Energiepolitik reden. Der Staat setzt den Rahmen, damit der Wettbewerb funktioniert. Diesen Rahmen setzen nicht RWE und E.ON oder andere. Das muss die Grundlinie sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt einen zweiten ganz wichtigen Punkt: Es ist Schluss mit der Kommunalfeindlichkeit. – Herr Laumann hat eben von einem fairen Umgang mit den Kommunen gesprochen. Kollege Römer hat es angesprochen. Natürlich kann es einem wehtun, wenn 5 % Grunderwerbsteuer gezahlt werden müssen. Norbert Römer weiß, warum ich mich da winde. Aber man kann auch sagen: Wenn wir die ganzen 5 % bekommen, sind es noch 1 Milliarde € Schulden weniger, dann können die Kollegen uns vor Gericht noch weniger angreifen.

Aber es gehört auch zu einem fairen Umgang, dass man sich nicht an den Kommunen vergreift und ihnen immer wieder Geld wegnimmt. Ein Teil der Gerichtsurteile, die wir mit dem Nachtragshaushalt heilen wollten, ist genau darauf zurückzuführen. Insofern sind wir diejenigen, die, mit Euro nachrechenbar, wesentlich fairer mit den Kommunen umgehen, als Sie das über Jahre gepflegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will zum Thema „GFG-Umverteilung“ ganz klar sagen: Es muss bei Soziallasten und anderen Kosten einen Ausgleich zwischen den Kommunen geben, weil es Kommunen gibt, die aus den unterschiedlichsten Gründen stärker oder schwächer betroffen sind und mehr Bedarfsgemeinschaften oder weniger haben. Wenn wir ehrlich sind, so haben Sie sich doch fünf Jahre lang davor gedrückt, das zu machen.

(Zustimmung von der SPD)

Das kann doch nicht sein. Wenn man das erst nach acht Jahren macht, dann fallen die Unterschiede umso stärker auf. Sie haben es nicht gemacht, weil der ländliche Raum, der stärker CDU-bestimmt ist, Angst hatte, dass er etwas verliert. Wir haben das in der Legislaturperiode davor gemacht. Sie hätten es mindestens einmal machen müssen. Wenn Sie es aber nicht machen, wird es hinterher umso härter.

Insgesamt – das muss man auch feststellen – ist die Umverteilungsmasse, gemessen am Gesamtvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes, relativ klein. Aber wenn man es so lange nicht macht, trifft es besonders hart. Wir haben jetzt nur einen Teil gemacht. Wir werden ein größeres Paket zum Gemeindefinanzierungsgesetz im kommenden Jahr vorlegen müssen, und dann werden wir sehr intensiv darüber diskutieren müssen.

Aus meiner Sicht wäre es am vernünftigsten, man käme zu schnelleren Anpassungen in kürzeren Abständen, um damit besser umzugehen und um die Ausschläge nicht so stark werden zu lassen. Sonst nützt es doch niemandem, und die Kommunen werden vor Gericht klagen. Wenn man versucht, einen Mechanismus zu finden, der kontinuierlicher ausgleicht, dann sind die Ausschläge für alle Betroffenen kleiner.

Das Thema „Kommunalfeindlichkeit“ ist also zu Ende. Und drittens ist – das will ich ganz klar sagen, weil es eben angesprochen worden ist – auch Schluss mit der Mitbestimmungsfeindlichkeit der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt nicht, dass man alles machen muss. Aber das, was hier in den ersten Jahren der CDU/FDP-Regierung gelaufen ist, stand immer unter starkem Einfluss der FDP. Jedenfalls war die Politik eindeutig von einer fanatischen Negativposition gegenüber den Gewerkschaften und den Mitbestimmungstatbeständen geprägt. Wir ändern das jetzt in den Schulen, in den Hochschulen und im allgemeinen Berufsleben.

Auch das packen wir an. Dafür – da bin ich zuversichtlich – werden wir Mehrheiten finden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um es klar zu sagen: Das ist nicht nur Rückabwicklung, was wir machen, sondern es ist im vergangenen Jahr auch Gestaltungspolitik gewesen. Es war uns außerordentlich wichtig, als Erstes das Gesetz, das wir Grünen damals provokant Stadtwerkerrettungsgesetz genannt haben, anzupacken. Wir hatten von allen 16 Ländern das restriktivste Gesetz für die wirtschaftliche Betätigung der Stadtwerke im Bereich Energie. Das war derart skurril – die FDP hat nur noch von „kommunalen Nagelstudios“ und ähnlichen Extravaganzen gesprochen –, dass die Stadtwerke Münster bei der Entwicklung neuer Zähler, Smart Grids, mit den Stadtwerken Osnabrück jenseits der Landesgrenze zusammenarbeiteten, weil sie es bei uns nicht hätten machen dürfen, da ein Privater das ja auch hätte machen können. Wobei Stadtwerke, solange es sie gibt, immer Stromzähler in den Haushalten installiert haben, ohne Konflikte mit dem Handwerk zu bekommen. So skurril ist die Situation gewesen.

Wir haben das geändert. Und entgegen dem Popanz: Es gab keinen Konflikt mit dem Handwerk, sondern es gab am Ende einen gemeinsamen Vorschlag des Verbandes der Kommunalen Unternehmen – VKU – und dem Deutschen Handwerkskammertag. Es gibt eine aus meiner Sicht vernünftige Linie: Die Stadtwerke gehen bis ins Haus an den Zähler, und was hinter dem Zähler passiert, ist Sache des Handwerks. So handhaben es überall vernünftige Stadtwerke – auch in der Vergangenheit. Das ist eine gute Linie.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nun gibt es den Raum, damit die tätig werden können. Deswegen ist das gut so gewesen.

Ein weiterer Bereich ist eben schon angesprochen worden: die Schulpolitik. Wir haben repariert, aber wir machen auch Wege frei; das ist das Wichtigste. Natürlich haben wir die Kopfnoten wieder abgeschafft. Ich habe nicht verstanden, warum man als Konservative sechs Kopfnoten einführen musste. Wenn man Kinder hat, weiß man auch aus dem Freundeskreis der Kinder, wie es ihnen geht, wenn jemand über den Daumen weg beurteilt wird. Was braucht ein junger Mensch? – Der braucht doch keine Note vor den Kopf geknallt, schon gar nicht sechs Noten, sondern der braucht das

Gespräch mit dem Lehrer und der Lehrerin, die ihm erklären, wo er gut ist, wo er Probleme hat, wie er gefördert werden kann oder wie er sich betätigen soll. Aber er darf nicht über einen Kamm mit sechs Kopfnoten geschoren werden, nicht mit einem solchen Disziplinierungsinstrument.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das war Quatsch, genauso wie die verbindliche Grundschulempfehlung, die dazu geführt hat, dass bereits bei Beginn in der Grundschule der Drill auf die Kinder erhöht wurde, teilweise auch von Eltern, weil sie das Beste für die Kinder wollten und sie von Anfang an unter Druck gesetzt haben, damit sie möglichst die Empfehlung für das Gymnasium bekommen. Wir haben das weggenommen. Das war auch eine erhebliche Arbeitsbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer. Jetzt gibt es für die Eltern die freie Schulwahl. Und ist das Chaos ausgebrochen? Es ist nicht ausgebrochen. Das war eine völlig unnötige Maßnahme.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unsinn! Statt freier Schulwahl gibt es Schulbezirksgrenzen!)

Und zu der Möglichkeit der Kommunen, Schuleinzugsbezirke zu schaffen – dabei ist mir das Wort „Möglichkeit“ wichtig –: Wir haben niemals eine Kommune gezwungen, das zu machen. Da, wo sie es für richtig halten, können sie es machen, und wer es nicht will, macht es nicht. Das ist eine Grundlinie, die die ganze Zeit gefahren wird, über die wir lange Zeit diskutiert haben, auch in den Koalitionsverhandlungen und in den Vorbereitungen dazu. An der Stelle soll die kommunale Verantwortung gestärkt werden, weil das auch im Diskurs zwischen Eltern und kommunalen Räten, in Kenntnis der Schülerzahlen, so wie sie sich entwickeln, und auch in Kenntnis der Räume, die die Kommunen zu unterhalten haben, der beste Ort ist, um sich auszutauschen, was für die jeweilige Kommune richtig ist. Hier haben wir gesagt: Wir schaffen mehr Möglichkeiten, wir reichen die Verantwortung nach unten, und zwar – das ist völlig klar – bei Vergleichbarkeit der Abschlüsse.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Ein Schulabschluss ist eine Qualitätsaussage und soll denjenigen, die sie bekommen, helfen, sich mit dem Abschluss zu bewerben. Aber davor gibt es Gestaltungsmöglichkeiten. Dementsprechend ist der Modellversuch Gemeinschaftsschule angegangen worden.

Ich begrüße noch einmal das, was Herr Laumann eben angekündigt hat, weil das für mich das Beeindruckenste in den ganzen Diskussionen war: Kommunen wie Schöppingen und Horstmar, CDU-geführt, wissen, dass sie nicht mehr genügend Kinder in ihren Orten haben, um alle Schulangebote vorzuhalten. In Kürze müssen sie alle Kinder nach der vierten Klasse mit dem Bus zur Nachbarkommune fahren. Daraufhin sagten die Bürgermeister: Das ist für uns ein wirtschaftlicher Standortnachteil. Ein Unternehmen, das sich ansiedeln will – im Münsterland gibt es relativ gute Ansiedlungsmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen – fragt auch: Welche Schulen gibt es für die Kinder unserer Mitarbeiter? – Wenn dann die Antwort lautet, wir haben eine sehr gute Grundschule, danach packen wir die Kinder in den Bus und fahren sie 20 Kilometer durch die Gegend, dann entgegenen die: Dort gibt es auch Gewerbegrundstücke. – Insofern ist es neben der sozialpolitischen, neben der bildungspolitischen auch eine wirtschaftspolitische Frage, dass Kommunen insofern Möglichkeiten erhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Deswegen war es richtig, diesen Versuch anzufangen. Deswegen fällt auch da die Bilanz nach einem Jahr für mich positiv aus. Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns. In zwei Tagen findet in diesem Saal die Bildungskonferenz statt, dann werden wir darüber reden und uns miteinander austauschen.

Jetzt würde ich gerne auf die Energiepolitik als einen weiteren wichtigen Bereich zu sprechen kommen. Ich glaube, dass das, was zurzeit in der Bundesregierung läuft – je nachdem, wie es läuft –, für Nordrhein-Westfalen von ganz entscheidender Bedeutung ist. Ich habe wenig Anlass zu glauben, dass diese Bundesregierung handwerklich hervorragend arbeitet. Es werden Weichenstellungen vorgenommen, die energiepolitisch den notwendigen Umstieg in die energiepolitische Zukunft darstellen sollen.

Energiepolitik war immer auch Strukturpolitik und immer umstritten, egal ob es um Steinkohle ging, um die Sicherheit bei der Atomenergie, den Klimaschutz. Das Thema war stets außerordentlich stark umstritten.

Im letzten Herbst hat die Bundesregierung den „Herbst der Entscheidungen“ angekündigt. Die Laufzeitverlängerung wurde durch das Parlament gepeitscht. Sie konnte schon nicht mehr durch den Bundesrat gebracht werden, sondern musste

daran vorbeilaviert werden. Aber diese Laufzeitverlängerung ist hier frenetisch begrüßt worden und war ein Markenstück schwarz-gelber Regierungspolitik.

Dann kam Fukushima. Ich würde gerne noch einmal drei Zitate bringen, die – um es ganz klar zu sagen – auch vom Landesvorsitzenden der CDU stammen, und zwar aus einem „Spiegel“-Essay vom 23.04., das mit „Sicherheit neu denken“ überschrieben ist. Dort sagt Herr Dr. Röttgen:

„Entscheidend ist die Erkenntnis, dass der Weg ins Zeitalter der regenerativen Energien nicht mit Wohlstandsverlusten einhergeht. Er ist im Gegenteil sogar für die Sicherung unseres Wohlstandes in Zukunft von zentraler Bedeutung und damit ein Gebot vorausschauender wirtschaftlicher Vernunft.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Er sagt weiter:

„Insgesamt werden uns die Investitionen in die erneuerbaren Energien eine gute Rendite für Wirtschaft und Gesellschaft bringen. Sie sind eine große Chance für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze. Sie sind ein unerlässlicher Beitrag dazu, den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. Denn mit den Energie- und Umwelttechnologien entstehen die Zukunftsmärkte. Ihr Weltmarktvolumen summiert sich heute schon auf rund 1,7 Billionen Euro. Es wird sich allein in den nächsten zehn Jahren verdoppeln. Diejenigen, die hier investieren, werden die Technologieführer und damit auch die Exportweltmeister der Zukunft sein.“

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Jetzt das dritte Zitat von Herrn Röttgen:

„Ich bin überzeugt: Innerhalb einer Generation ist es gerade für ein Hochindustrieland wie Deutschland möglich, die Stromversorgung weitestgehend aus regenerativen Energien zu bestreiten – und dabei führendes Industrieland zu bleiben. Die Wohlstandsfrage des 21. Jahrhunderts besteht darin, die Energiewende nicht als Bedrohung von Wirtschaft zu verstehen, sondern als Chance, einen Wandel zu vollziehen, der neues, ressourcenschonendes Wachstum möglich macht.“

Das sagt Bundesumweltminister Röttgen, der erst 2015 nach Nordrhein-Westfalen kommen will. Das kann ich auch verstehen.

Ich will es ganz ehrlich sagen: Ich habe den Bereich der Energiepolitik zehn Jahre für die Fraktion gemacht. Ich schätze den Kollegen Weisbrich persönlich. Er ist für mich ein gestandener Konservativer, mit dem man streiten kann. Wir waren in der Sache nicht einig, aber ich weiß genau, wie wir gestritten haben und wie die energie- und atompolitische Diskussion in der CDU war. Es gab und es gibt heute noch – vielleicht jetzt etwas weniger und etwas leiser – Reaktorromantiker, deren größter Traum es war, den Kugelhaufenreaktor, der in Hamm-Uentrop und in Jülich technisch gescheitert ist, doch noch einmal als Erfindung aus Nordrhein-Westfalen auszuprobieren. Das war der Wunsch.

Nicht umsonst hat die alte Landesregierung im LEP IV die planerischen Voraussetzungen für einen neuen Forschungsreaktor geschaffen. Das haben erst wir mit unserer Regierungsübernahme aus der Welt geschafft. Bis dahin aber gab es diesen Wunsch.

Wir haben oft darüber diskutiert. Oliver Wittke hat zu Beginn der Regierung gesagt: Windkraft ist das Erste, was wir kaputt machen werden. – Das war ein stürmischer Wilder. Man muss einem zwar Zitate nicht noch sechs Jahre nachhalten; aber das war der Geist, in dem gearbeitet wurde.

Insofern haben das, was Herr Röttgen im „Spiegel“ sagt, und das, was energiepolitischer Diskussionstand der ehemaligen Regierungsfraktion ist, nichts miteinander zu tun. An der Stelle muss ganz viel Nacharbeit geleistet werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da muss konzeptionell gearbeitet werden. Denn Röttgen hat recht: Das sind die Märkte der Zukunft. Es stellt sich die Frage: Wenn ein Markt wächst und ein anderer zurückgeht, wollen wir dann Arbeitsplätze hier? Wollen wir das für die Generationen nach uns in diesen modernsten Energietechniken? Das geht durch alle Bereiche: durch Gebäude, durch Mobilität. Die Autoindustrie wird in 20, 30 Jahren doch anders aussehen als heute, egal wie untauglich im Detail kleine Schritte der Bundesregierung sind. Der Weg geht in diese Richtung.

Die Frage lautet doch: Haben wir die Arbeitsplätze hier? Die Arbeitsplätze bekommen wir nur, wenn wir uns der Frage offensiv stellen und dafür werben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wer meint, erneuerbare Energien sollten abgeschoben werden, Wind auf das Meer, Fotovoltaik in die Sahara, und wir könnten weiter machen wie bisher, der nimmt nicht an der Fortschrittsdebatte teil, der nimmt auch nicht am Wettbewerb um Arbeitsplätze teil.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der lauteste emotionale Ausbruch des Kollegen Laumann war, als eben im Zusammenhang mit dessen Rede am Schluss das Wort „Datteln“ fiel. Ich will deshalb ganz klar sagen: Wir haben Diskussionen um Kraftwerke, weil wir genau wissen – dieser Erkenntnisstand setzt sich überall durch –, dass wir im Kraftwerkspark eine Mischung brauchen, die zunehmend aus einem Anteil an erneuerbaren Energien besteht. Man muss doch nur das 40-%-Ziel von Frau Merkel in jetzt nur noch neun Jahren nehmen. Der Anteil an erneuerbaren Energien muss zunehmen und noch viel höher gehen. Außerdem brauchen wir eine Ergänzung im Kraftwerkspark, die schnell und flexibel reagiert. Dazu haben wir eine gewisse Grundlastkapazität, die wir auch brauchen.

Wir als Grüne würden nicht sagen, dass wir in zehn, 20 oder 30 Jahren tutto completo aus der Kohle aussteigen. Wir wissen: Im Moment werden in Nordrhein-Westfalen sechs große Steinkohlekraftwerke gebaut, die alle in den nächsten beiden Jahren in Betrieb und ans Netz gehen und – so ist die normale Wirtschaftlichkeitsdauer – alle noch 40 Jahre laufen werden.

Es geht um zwei Blöcke in Neurath, zwei Blöcke in Hamm. In Lünen ist das der Trianel-Block und der Block in Walsum, der gerade angefahren wird, bei dem alle darum zittern, dass die Schweißnähte halten. Es geht also um sechs große Kohlekraftwerksblöcke.

Wir sind mit Unterstützung der Regierung, dem Umweltminister, den Regierungspräsidentinnen in Düsseldorf und in Köln dabei, viele intensive Gespräche zu führen, um die Planung für sieben große Gaskraftwerksblöcke zu unterstützen. Es ist nicht so, dass wir kraftwerksfeindlich sind. Wir wollen diese modernste Technik, weil sie die notwendige und richtige Ergänzung ist. Es geht um ein 450-MW-Gaskraftwerk von Statkraft in Hürth, zu dem der Aufsichtsrat in Oslo den entsprechenden Beschluss gefasst hat.

Ich kann mich an die Auseinandersetzungen hier im Plenum erinnern, als es um das erste 800-MW-Gaskraftwerk in Hürth ging. Das war noch in finstersten Zeiten, als Herr

Adamowicz noch in der Staatskanzlei residierte und die Investoren herausgeschmissen hat. Die kamen in den Landtag und brachten 500 Millionen € mit, wollten keinen Cent Zuschuss haben. Die sagten uns: Wir sind hier nicht erwünscht, weil es ins Braunkohlenrevier geht. – Vergangenheit!

Jetzt freuen wir uns, wenn Statkraft einen zweiten Block baut. Ministerpräsident Rüttgers hat damals den ersten Block eingeweiht. Ich durfte Gast sein. Ich weiß noch, dass Sie für den ersten Block von Statkraft in Hürth-Knapsack die Einweihung gemacht haben, eine moderne Siemens-Anlage. Jetzt kommt der zweite Block. Wir werden das unterstützen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ein paar Kilometer weiter bei der RheinEnergie in Köln-Niehl: Zwei Blöcke Gaskraftwerk mit 1.200 MW. Der Genehmigungsbescheid müsste in den nächsten Tagen herausgehen oder schon herausgegangen sein. Wir haben Gespräche mit der Kölner Regierungspräsidentin geführt. Es ist völlig klar: Wir wollen das. Das ist genau die Ergänzung, die nötig ist.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Ein paar Meter weiter im Chemiepark von Bayer Leverkusen: 430 MW. Von einem Unternehmen wird der ganze Strom sogar exportiert, weil es dort eine große Wärmesenke gibt. Das ist die ideale Kombination von Strom und Wärme, also genau das, was man braucht. Anders als bei den Kraftwerken der altertümlichen Bauart gehen dort nicht 60 % der Energie ungenutzt in die Wolken. Das Kraftwerk im Chemiepark von Bayer Leverkusen soll 2014 in Betrieb gehen.

Hier nebenan in der Lauswart in Düsseldorf: Viele erinnern sich an die Bürgerproteste, die in Düsseldorf erfolgreich waren. Die Stadtwerke haben die Planung für das Kohlekraftwerk eingestellt. Die Planungen für ein Gaskraftwerk in der Lauswart in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung und Wärmeauskopplung laufen.

Jetzt kommt noch etwas obendrauf: Der neue Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Düsseldorf ist daran interessiert, die ganz moderne Turbine von Siemens, die in Irsching im Probetrieb läuft, nach Düsseldorf zu holen. Dann hätten wir direkt neben dem Landtag die modernste Gaskraftwerksturbine, die weltweit existiert, im konventionellen Einsatz. Das ist eine Notre Dame der Kraftwerkstechnik.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich bitte um Nachsicht bei denjenigen, die nicht auf dem Feld der Kraftwerke zu Hause sind: Aber die modernste Turbine, die es gibt, wird ein Wallfahrtsort!

Wir reden auch über Krefeld. Wer kennt nicht die Auseinandersetzung und weiß nicht um die Vorbelastungen der Umwelt in Krefeld mit allem, was dazugehört? Im Zusammenhang mit den Diskussionen um das Kohlekraftwerk ist die Trianel in der Umplanung. Zwei Gasblöcke sind in der Diskussion. Es gibt Gespräche zwischen den Krefeldern und den Duisburgern, unter dem Rhein eine Wärmeleitung zu verlegen und eine Verknüpfung zu den Stadtwerken Duisburg vorzunehmen.

Außerdem haben wir die Steag unterstützt und begleitet. Das Ganze war eine Unternehmensentscheidung. Hier denke ich an den Zusammenschluss der Stadtwerke im Ruhrgebiet mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke Duisburg, Herrn Janning, und den Kollegen aus Bochum.

Es gibt also keine Kraftwerksfeindlichkeit, sondern den Wunsch nach mindestens diesen sieben Gaskraftwerksblöcken – und wir reden über weitere bei der Steag – als Ersatz für alte Standorte und in Verbindung mit einem vernünftigen Wärmekonzept. Wir stehen ja in den Diskussionen – das macht der Umweltminister mit politischer Unterstützung von uns allen –, an die alten Traditionen der Fernwärmenetze anzuknüpfen und optimale Ergänzungen vorzunehmen. Das wollen wir, und das machen wir.

Und dann gibt es einen Standort, der einige Leute immer wieder in Erregung versetzt. Ich kann das ein Stück weit nachvollziehen; denn wenn 1 Milliarde € in eine Baustelle gesteckt wird und diese Baustelle unter Umständen nicht zum Erfolg kommt, tut einem das weh, weil das dann wirklich rausgeschmissenes Geld ist.

Allerdings muss man auch ganz nüchtern sagen: Wenn dieses Kraftwerk 3 km entfernt an einem anderen Standort gebaut würde, würden wir es in die Reihe der anderen sechs Kraftwerke einreihen, die gebaut werden. Das Ganze ist aber eine höchst arrogante Unternehmensentscheidung und eine Dusseligkeit der Planenden vor Ort gewesen. Schließlich war es der Bebauungsplan der Kommune Datteln, den das Oberverwaltungsgericht zerpfückt hat, und nicht irgendeine Entscheidung, die wir getroffen haben.

Man hat diesen Fehler begangen. E.ON hat vor Gericht zugestimmt, auch die Kosten für den Abriss zu tragen, wenn dieses Kraftwerk nicht zu Ende gebaut werden kann.

Eine politische Prognose, ob das zum Erfolg kommt oder nicht zum Erfolg kommt, würde ich auch heute nicht treffen – wissend, dass das wieder vor Gericht landet; denn das ist das, was umstritten ist.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist aber interessant! – Ralf Witzel [FDP]: Was ist denn Ihr politischer Wille bei diesem Thema?)

Damit will ich Folgendes sagen – Herr Dr. Papke, Sie können ja gleich Ihre beliebten Tiraden machen –: Ich habe über 14, 15 Kraftwerksblöcke gesprochen, darunter mindestens sieben, acht, die wir jetzt mit Energie vorantreiben. Und dann gibt es einen, der äußerst problematisch ist. Man wird sehen, ob er letztendlich zum Erfolg kommt oder nicht. Das würde ich jetzt nicht prognostizieren.

Ich will Ihnen nur eines ganz deutlich sagen, Herr Dr. Papke, weil Sie ja immer so ein Freund von Windrädern waren. Wir haben eine Reihe von Prozessen mitbekommen, in denen der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster wie folgt entschieden hat: Dreifacher Mindestabstand in Bezug auf die Höhe eines Windrades: sichere Seite für optische Bedrängung. Zweifacher Mindestabstand: unzumutbar. Alles, was dazwischen liegt: Termine vor Ort.

Ich kenne Anlagenplaner, die 40.000 € in die Hand genommen und ein Windrad geplant haben. Nachbarn wollten das nicht. Das Gericht war zweimal vor Ort, hat sich das angeguckt und hat gesagt: Nein, Leute, das geht nicht; ihr hättet einen Abstand entsprechend der dreifachen Höhe einhalten müssen.

Ich sage Ihnen: An dem Standort, an dem der Kühlturm steht – ich habe ihn mir ein paar Mal angeguckt –, dürften Sie keine moderne 3-MW-Windkraftanlage bauen. In Bochum musste eine Windkraftanlage deswegen abgerissen werden.

Wenn Sie dann argumentieren, bei einem Windrad drehe sich doch etwas, während sich bei einem solchen Kühlturm oben nichts drehe, muss ich sagen: Sie haben keine Ahnung davon, wie ein Kühlturm direkt auf die Nachbarschaft wirkt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist der Kühlturm des größten Kohlekraftwerks in Europa. Aus dem Kühlturm kommt im Betrieb jede Menge Dampf, der sich dann wie ein Dampfturm auch über die umgebende Besiedlung legt. Das können Sie sich in Neurath, Niederaußem und Frimmersdorf angucken.

Ob das letztendlich für diejenigen, die direkt dort wohnen, zumutbar ist? Ich kenne viele Standorte von Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen, aber keinen, der so nah an der Bebauung liegt. Ob das zumutbar ist oder nicht, wird mit Sicherheit wieder vor Gericht landen.

Mit diesem langen energiepolitischen Exkurs – seht es mir nach, liebe bildungspolitischen Kollegen und Kolleginnen –

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

möchte ich Folgendes deutlich machen: Diese Regierung und die Koalitionsfraktionen, auch die Grünen, begrüßen modernste Kraftwerkstechnik. Wir brauchen sie. Wir brauchen sie für den Umbau.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir werden aber keine Gesetze und keine Sachen hinbiegen, damit das, was planerisch falsch gemacht worden ist, zulasten der Bevölkerung geregelt wird. Das gehört dann auch dazu.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich würde gerne noch auf einen Punkt oder zwei Punkte eingehen. Herr Laumann hat den Kollegen Becker wegen der Verkehrsinfrastruktur angesprochen. Herr Laumann, jetzt will ich Ihnen einmal ganz im Ernst Folgendes sagen: Wenn Sie noch einmal so eine Komiker-Broschüre machen, mit der Sie Großwildjagd auf Ministerinnen betreiben, dann berücksichtigen Sie bitte auch unseren Parlamentarischen Staatssekretär.

(Beifall von den GRÜNEN)

So geht das nämlich nicht. Alle Regierungsmitglieder stehen darin und werden durch den Kakao gezogen – das ist das Niveau einer Schülerzeitung oder schlechter –,

(Zurufe: Schlechter!)

aber einer der Leistungsträger, eine der Arbeitsbienen im Kabinett wird einfach nicht berücksichtigt. Das schadet ihm auch in der Partei.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nehmen Sie ihn dann also bitte mit hinein, wenn es denn sein muss. – Das war der Spaß.

Aber in Bezug auf die Verkehrspolitik habe ich etwas sehr, sehr Ernstes anzusprechen, was nicht geht. Wir wissen genau, wie knapp die Mittel sind. Wir sind froh, wenn wir Straßen unterhalten können. Wir wissen, dass beim Neubau bis auf ein paar Sachen kaum noch etwas geht. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen aber auch eine geschlossener Linie gegenüber der Bundesregierung. Die haben wir nicht.

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

Ich will ehrlich sagen, dass ich manchmal den Eindruck habe, als ob auf Ihrer Seite mehrere sitzen, die es genießen würden, wenn der Bund Mittel zurückhält, die wir hier dringend brauchen. Ich sage einmal ganz klar: Die Betuwe-Linie mit ihrem dritten Gleis als Anschluss von Duisburg in Richtung der Häfen Antwerpen und Rotterdam brauchen wir. Wir brauchen sie, weil wir sonst Verkehrsstaus und -kollapse kriegen.

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

– Herr Schemmer, als der Bundesverkehrsminister die Betuwe-Linie so heruntergestuft hat, dass das Geld nach Süddeutschland, aber nicht nach NRW fließen konnte, habe ich eher den Eindruck gehabt, dass sich manche in Ihrer Partei die Hände reiben und es genießen, wenn wir da Probleme kriegen, weil sie meinen, sie könnten daraus längerfristig politischen Profit ziehen. Das wird nicht der Fall sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das betrifft nicht nur die Betuwe-Linie, sondern etwa auch den RRX.

(Beifall von Serdar Yüksel [SPD])

Wir brauchen diese schnelle Verbindung für Berufspendler zwischen Dortmund – Düsseldorf – Köln. Wir brauchen sie, und wir kriegen sie nicht hin, wenn Sie auf der Bremse stehen und in Berlin signalisieren: Dreht denen den Hals um, dann haben wir sie eher wieder so weit, dass wir an der Regierung sind! – Das sind Projekte, die über eine so lange Zeitachse gehen, dass man jenseits des Klein-Klein-Streits eine Geschlossenheit haben muss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es ganz klar sagen, es gab in der Vergangenheit im Bundesverkehrsministerium den Parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann. Er war für Nordrhein-Westfalen – auch wenn er ein Sozialdemokrat war und aus Sachsen kam – wirklich Geld wert. Großmann hat mitgeholfen, dass NRW seine

Anteile, die notwendig waren, bekam. Da geht es nicht um Klientelismus. Es kann doch nicht sein, dass zum Beispiel beim Ausbau der Hochschulen, bei den Fördermitteln für Erneuerbare Energien oder im Verkehrsbereich Gelder überproportional nach Bayern, nach Baden-Württemberg fließen und wir in NRW in Berlin keine Lobby haben, weil die so weit von uns weg sind und die einen oder anderen nicht kämpfen.

Da kämpfen Sie nicht! Die FDP hat zwei Minister in der Bundesregierung. Sie hat ihren Landesvorsitzenden in der Bundesregierung. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich bei diesen unstreitigen Sachen einsetzen. Wir sind für diese Investitionen: RRX, Bahnknotenpunkte Dortmund – Köln. All das wollen wir; da gibt es gar keine Differenzen. Aber das geht nicht, wenn die Bundesregierung weiter so arbeitet und stillschweigend goutiert wird, dass die Bayern das einsacken.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Bärbel Beuermann [LINKE])

Es gibt noch eine Menge zu erwähnen. Ich will kurz sagen, wir haben im Demokratiebereich angefangen – das sage ich offen –, Schritte in Teilen rückgängig zu machen. Die Wiedereinführung der Stichwahl auf kommunaler Ebene ist für mich eine urdemokratische Sache.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Bei Oberbürgermeistern und Landräten soll eine Stichwahl erfolgen können. Da haben wir mit Zustimmung der FDP die Änderung vor.

Wir wollen die Verbesserung bei Volksbegehren. Ich weiß, dass sich das im Zweifelsfall, wenn wir es hinkriegen, als Erstes gegen uns richtet. Denn ein Volksbegehren auf Landesebene geht nie gegen die Opposition. Aber es ist demokratisch, die Konditionen zu verbessern, wenn ein Instrument, das 40 bis 50 Jahre nicht genutzt wurde, offensichtlich der Bevölkerung nicht die Möglichkeit bietet, am demokratischen Prozess teilzunehmen.

Wir wissen, dass wir mit einfacher Mehrheit sowohl die Auslegungszeiträume als auch die Orte ändern können. Wir sind in der Diskussion mit den christdemokratischen Fraktionen, ob wir auch das Quorum ändern können. Darüber werden wir noch miteinander sprechen. Aber wir werden das Gesetz ändern. Wir gehen da ein Stück weiter. Es ist einfach richtig, auch wenn es politisch ein Risiko ist.

Wir werden das Gesetz zur Abwahl von Oberbürgermeistern und Landräten beschließen, und das ist richtig. Ich persönlich will sagen, dass es sich nicht gegen eine Person richtet. Es ist auch eine Grundsatzfrage, Leute, die man gewählt hat, mit bestimmten sauberen demokratischen Verfahren – nicht mit Alltagsquoren – wieder abwählen zu können, wenn sie nach zwei oder drei Jahren – egal wann – aus dem Ruder laufen. Das ist eine Grundsatzfrage. Das ist nicht gegen eine Person gerichtet, aber es ist richtig, das einzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben heute die abschließende Beratung des Haushalts nach mehr als drei Monaten Diskussion. Die Linke hat am Sonntag per kleinem Parteitagsbeschluss klar gemacht, wie sie sich verhalten wird. CDU und FDP haben gestern in der Pressekonferenz noch einmal ihr Vorgehen deutlich gemacht. Die Fraktionen von SPD und Grünen werden dem Haushalt zustimmen, weil wir das, was im Haushalt an Möglichkeiten drinsteht, brauchen, um Politik umzusetzen und viel von dem, was sie angesprochen haben, machen zu können.

Die Neuverschuldung ist 3 Milliarden € geringer als ursprünglich angenommen. Sie ist noch zu hoch – keine Frage. Wir werden schauen, in den nächsten Haushaltsaufstellungen noch weitere Einsparungen hinzubekommen. Es ist ein sehr schwieriger Prozess. Ich will nur klar sagen: All das werden wir nicht können, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht kontinuierlich verbessert und wenn wir über den Bund nicht eine Entlastung bekommen, mit der wir arbeiten können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zusammengefasst heißt das für mich: Die Bilanz nach einem Jahr harter Arbeit ist gut. Es muss noch viel getan werden. Es sieht so aus, als ob wir die Arbeit noch weiter machen sollen, weil sie uns niemand anders ernsthaft streitig macht. Wir machen sie gerne.

Auch das will ich nochmal sagen: NRW hat bundesweit Prozesse angestoßen. Wir haben die Bundesratsmehrheit geknackt. In Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz findet jetzt ein Prozess statt. Wir werden es am Sonntag in Bremen erleben. Ich bin ganz sicher, dass es dort ein sehr gutes Ergebnis geben wird. Im Herbst kommen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Wir alle haben vor Augen, dass spätestens 2013 im Bund eine Regierung kommen sollte, die es besser macht als die jetzige. Das ist, ehrlich gesagt, nicht so schwer; denn schlimmer geht es nicht.

Zum Schluss will ich meinen Redebeitrag mit einem kurzen Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett verknüpfen. Sie müssen in Teilen die Großwildjagd, die inszeniert wird, erdulden. Das ist so; das gehört zum Geschäft. Ich will mich aber bei beiden Fraktionen für die Unterstützung bedanken: bei meiner grünen Fraktion, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, bei Norbert Römer für die Zusammenarbeit in diesem knappen Jahr. Ich bin zuversichtlich, dass wir das gut weitermachen können und dass es noch viel gibt, bei dem es sich lohnt, es für das Land zu machen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen.